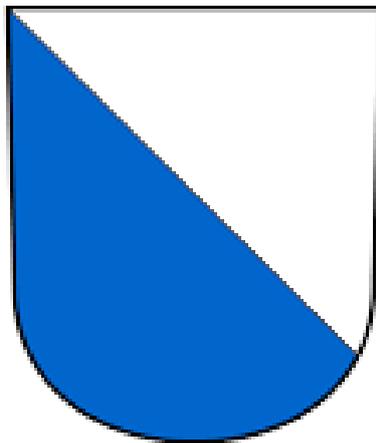


Rückblick auf die Zürcher Lokalpolitik

Zusammenfassung der wichtigsten Pressemeldungen



2. Hälfte Juli 2022

16. Juli

Der grüne Baudirektor stellte eine neue, kantonale Energiestrategie vor, wobei das Jahr 2050 als Zielgrösse dient. Bei der Wärmeversorgung, wo der Kanton heute zu 74 Prozent von Importen abhängig ist, könnte der Kanton ganz selbstversorgend werden, dies durch den Ausbau von Sonnenkollektoren, aber auch durch Erdsonden, aus dem Wasser und der Luft. Aber auch die bessere Wärmedämmung der Gebäude wird ihren Anteil leisten. Auf Heizöl und Erdgas, aber auch auf Atomenergie würde ganz verzichtet. Bei der Stromproduktion sieht es weniger gut aus. Werden dort heute nur 18 Prozent im Kanton produziert, so soll dieser Anteil auf über 50 Prozent steigen, vorab durch den Ausbau der Solarenergie. Dies verlangt einen jährlichen Zubau von etwa 2000 Megawatt! Auf die Wasserkraft aus den Bergen kann aber nicht verzichtet werden. Die Windenergie sollte bis 2050 auch einige Prozent des Energiebedarfs abdecken. Wo das geschehen soll, will der Baudirektor noch nicht sagen. Dies dürfte im Kantonsrat noch eine heisse Debatte auslösen.

18. Juli

Heute können Gemeinden alleine entscheiden, ob sie ihre Strassen verbeitern, verschmälern oder mit einer Insel aussatten wollen. Dies sei mit dem Bundesrecht nicht vereinbar. Der Kanton hat die Gemeinden nun mit einem Rundschreiben beglückt, nach dem sämtliche Strassenbauprojekte dem Kanton zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Die Gemeinden protestieren. Winterthur und Zürich gelangten mit einer Beschwerde an das Bundesgericht, was aber keine aufschiebende Wirkung zeitigt. Der Verband der Gemeindepräsident*innen schreibt: Wir lehnen diese Regelung dezidiert ab. Die Regelung ist nicht nachvollziehbar und nicht verständlich. Der Präsident der Regionalplanung Winterthur und Umgebung schreibt: Wir bezweifeln, ob es einerseits zweckmässig und andererseits rechtmässig ist. Der Regierungsrat wird sich mit dem Unmut der Gemeinden auseinandersetzen müssen.

19. Juli

Die Stadt Zürich verpachtet 1'800 Plakatwerbestellen. Damit verdient sie im Jahr rund 6 Millionen Franken. Immer mehr dieser Plakatstellen werden zu digitalen Werbeflächen umgerüstet. Auch die VBZ ist mit ihren rund 1'200 Werbeträgern an Haltestellen im digitalen Geschäft mit drin und ist dabei, 257 dieser Werbeträger auf digital umzurüsten. Im Gemeinderat ist dies den rot-grünen Parteien sauer aufgestossen. Ein erstes Postulat aus dieser Ecke verlangt einen Ausbaustopp, ein zweites Postulat will gar erreichen, dass die digitalen Werbeflächen zum «frühest möglichen Zeitpunkt» ausser Betrieb genommen werden.

20. Juli

Die Gemeinden Wädenswil und Thalwil sorgen sich rührend um das Wohl der Fahrenden, der Jenischen, der Sinti und der Roma. Zwei von der Planungsgruppe Zimmerberg vorgesehene Standorte für Durchgangsplätze wurden von den Gemeinden abgelehnt, da sie zu viel Verkehrslärm ausgesetzt wären oder dass sie zu nahe am Wald liegen, was für die Kinder gefährlich werden könnte...

Das Zürcher Verwaltungsgericht hat den Beschwerden von Anwohner*innen einer geplanten Überbauung in Horgen stattgegeben und die Bewilligung eines privaten Gestaltungsplanes aufgehoben. Dieser sah Gebäudelängen von bis zu 52 Metern vor und dies bei einem Richtwert in dieser Zweigeschosswohnzone, wo nur 25 Meter lange Gebäude vorgesehen sind. Auch in der Höhe wich das Projekt, das auf die Maximalausnutzung des vorhandenen Landes ausgelegt ist, von den Normen ab. Immerhin hatte das Baurekursgericht die Beschwerden der Anwohner*innen noch abgeschmettert.

21. Juli

Der Kantonsrat verpflichtete das Universitätsspital die Löhne der Chefärzte auf eine Million Franken pro Jahr zu deckeln. Zusätzlich darf das Einkommen nicht mehr von der Anzahl der Eingriffe und der behandelten Privatpatient*innen abhängig sein. Die Erträge für diese Leistungen gehen in Zukunft direkt an die Spitalkasse. Neu gibt es für 90 Prozent des Zieleinkommens einen Fixlohn, für den Rest sind 5 Prozent abhängig von Erreichen des budgetierten Gewinnes (oder auch Verlustes) des Spitals und die restliche 5 Prozent sind abhängig von den Qualitätszielen der Klinik und der individuellen Leistung. 5 Prozent der 564 Kaderärzt*innen erhalten mehr Lohn als bisher, 6 Prozent erhalten weniger.

22. Juli

Man erinnert sich, das Verwaltungsgericht stützte die Gewerkschaft Unia, die der Migros untersagen wollte, ihre Filiale an der Zollstrasse am Sonntag offen zu halten. Die Migros hat dieses Urteil nicht weitergezogen. Unterdessen hat die Stadt Zürich die Zollstrasse autofrei gemacht und nur noch Veloverkehr zugelassen. Die Migros meint nun, das schaffe neue Fakten und lässt diese Filiale am Sonntag weiterhin offen. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit, das der freisinnigen Volkswirtschaftsdirektorin untersteht, meint auf Anfrage: «Der Standort erfüllt auch nach unserer Einschätzung neu das Lagekriterium eines Betriebs für Reisende» Dies sei aber nur eine Einschätzung der Rechtslage, es sei keine Bewilligung erteilt worden. Will die Unia wieder vor Gericht, so muss sie erst eine anfechtbare Verfügung vom Amt verlangen und kann dann dagegen vor Gericht Einsprache erheben.

23. Juli

Das Bodenpersonal am Flughafen, das bei der Gewerkschaft VPOD organisiert ist, hat den aus den Jahren der Pandemie stammenden Gesamtarbeitsvertrag aufgekündigt, da dieser damals massive Verschlechterungen gebracht hat. Der GAV läuft aber noch bis Ende 2022 und die darin vereinbarte Friedenspflicht, will sagen das Streikverbot, bleibt auch noch in Kraft. Trotzdem will die Gewerkschaft jetzt eine Protestaktion beim Check-in 1 abhalten, die den Flugbetrieb aber nicht stören soll.

Der Regierungsrat hat beschlossen, ein Zentrum für Cybersicherheit aufzubauen. Es handle sich um eine Aufgabe von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dieses Zentrum soll in das Amt für Informatik integriert werden. Mit der Universität Zürich soll eine «Cybermiliz» aufgebaut werden. Zur Realisierung werden 18 Stellen geschaffen und Mittel von knapp zehn Millionen Franken bis 2025 gesprochen.

25. Juli

Im vergangenen September haben die Abtreibungsgegner*innen ihren «Marsch für's Läbe» ein weiteres Mal durchgezogen. Auch dieses Mal gab es Gegendemonstrant*innen, die von der Polizei gleich zu Beginn der Demo eingekesselt wurden. Jetzt werden sie mit Strafbefehlen gebüsst, doch zeigen sie sich unbeeindruckt und wollen auch am kommenden 17. August, dem Datum des diesjährigen Marsches der Abtreibungsgegner*innen wieder dabei sein.

Die Swissport-Angestellten des Flughafen Klotens haben am vergangenen Samstag im Flughafen lautstark gegen ihre mickrigen Anstellungsbedingungen protestiert. Sie forderten eine Rückkehr zum GAV, der vor der Pandemie in Kraft war und einen Teuerungsausgleich, sowie mehr Freizeit. Gespräche für einen neuen GAV sollen demnächst aufgenommen werden.

26. Juli

Die Situation zwischen der Zollstrasse beim HB in Zürich und den Geschäften des neu gebauten «Circle» in Kloten ist offenbar verschieden. Beim HB muss wohl ein Gerichtsurteil entscheiden, ob die Zollstrasse zum HB-Gebiet gehört, beim Cercle steht es offenbar fest, dass dieser zum Flughafenareal zählt. Damit dürfte die Einsprache gegen den Sonntagsverkauf der Gewerkschaft Unia nicht zu gewinnen sein. Bis Anfang September muss die Gewerkschaft entscheiden, ob sie einen für sie negativen Entscheid der Vorinstanz an das kantonale Verwaltungsgericht weiterziehen will.

Der Bau der geplanten Velorouten weist sich als hindernisreich. Die drei jetzt geplanten Velorouten lösten über 400 Einsprachen aus. Es geht hauptsächlich um den geplanten Abbau von insgesamt 496 Parkplätzen und dies in Gegenden, wo kein Ausweichen auf Privatgrund möglich ist. Für manche Bewohner*innen kommt dies einem Autoverbot gleich. Der Kampf der Verkehrsteilnehmenden um den kargen Strassenraum ist noch nicht zu Ende geschlagen.

27. Juli

Wie sich die Zeiten doch ändern: Ausgerechnet der Präsident der Freisinnigen Partei wirft dem grünen Baudirektor vor beim Ausbau der Energiegewinnung zu zögerlich vorzugehen. Vergessen ist die Zeit unter dem alten, bürgerlichen Baudirektor, wo dieser zusammen mit den bürgerlichen Parteien sich sträubte gegen den Ausbau der alternativen Energiequellen. Das neue Energiegesetz, das von der Bevölkerung mit einem guten Resultat angenommen wurde, wurde von der SVP noch abgelehnt und der Freisinn stimmte erst zu, als die Baudirektion sich für einen Kompromiss bereitfand.

Die Forchbahn ist Teil des S-Bahnnetzes und darf deshalb schneller als ein Tram fahren, dort wo die Strecke entsprechend ausgebaut ist. Dazu gehört auch die Auflage, dass Strassenübergänge mit Schranken geschützt sein müssen, dass also eine Rotlichtanlage nicht genügt. Auf dem Gebiet der Gemeinde Zollikon sind nun zwei solcher Sicherung durch eine Schranke geplant. Die Gemeinde hat dagegen Einspruch erhoben, da sie befürchtet, dass der Rückstau bei geschlossenen Schranken sich verstärken könnte. Das Bundesverwaltungsgericht negiert diese Möglichkeit nicht, gewichtet aber die Sicherheit des Bahnbetriebes höher und weist die Einsprache der Gemeinde ab.

28. Juli

Das Management von Swissport hat auf die von der Belegschaft deponierten Minimalforderungen reagiert. Die Forderungen seien nicht finanzierbar, sie gingen ja deutlich über die Konditionen des GAV von 2019, also vor der krisenbedingten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, hinaus. Immerhin zeigt sich das Management gesprächsbereit und will über einen neuen GAV möglichst rasch verhandeln.

Im Jahre 2016 hat der Zürcher Gemeinderat den regionalen Richtplan massiv verändert und ist damit beim Kanton, der Aufsichtsbehörde, auf wenig Gegenliebe gestossen. Bis 2019 wurde bis vor Bundesgericht gestritten. Der Kanton obsiegte schliesslich. Dieses Mal wird der Brei nicht so heiss gegessen. Das kantonale Bauamt, das die Zürcher Richtpläne genehmigen muss, tut dies mit den im Jahre 2021 vom Gemeinderat verabschiedeten Richtplänen, dem Siedlungsrichtplan und dem Verkehrsrichtplan. Allerdings mahnt der Kanton bei der Frage von Tempo 30 an, die Vorgaben des Bundes nicht zu ignorieren, wonach bei jeder Tempo 30 – Strecke eine Einzelfallbetrachtung «zwingend vorzunehmen» sei, dass also ein generelles Tempo 30 nicht zulässig sei.

29. Juli

Saure Gurkenzeit. Die Meldung, die NZZ sei auf den Hund gekommen, ist zu dementieren, denn sie ist auf ausgemusterte Hennen, Legehennen, gekommen. Da berichtet sie über acht Spalten im Teil «Zürich», reich bebildert, über das zweite Leben für ausgemusterte Legehennen. Da lachen ja die Hühner...